

Eine Alternative zum Parteiverbot

Der Ausschluss von der staatlichen Parteienfinanzierung

Bearbeitet von
Prof. Dr. Volker Epping

1. Auflage 2013. Buch. 84 S. Kartoniert
ISBN 978 3 8487 0303 6
Gewicht: 140 g

[Recht > Öffentliches Recht > Staatsrecht, Verfassungsrecht](#)

schnell und portofrei erhältlich bei


DIE FACHBUCHHANDLUNG

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de ist spezialisiert auf Fachbücher, insbesondere Recht, Steuern und Wirtschaft. Im Sortiment finden Sie alle Medien (Bücher, Zeitschriften, CDs, eBooks, etc.) aller Verlage. Ergänzt wird das Programm durch Services wie Neuerscheinungsdienst oder Zusammenstellungen von Büchern zu Sonderpreisen. Der Shop führt mehr als 8 Millionen Produkte.

Volker Epping

Eine Alternative zum Parteiverbot

Der Ausschluss von der staatlichen Parteienfinanzierung



Nomos

Schriften zum Parteienrecht und zur Parteienforschung

herausgegeben von

Prof. Dr. Dr. h.c. Dimitris Th. Tsatsos †

Prof. Dr. Ulrich von Alemann

Prof. Dr. Martin Morlok

Prof. Dr. Thomas Poguntke

Prof. Dr. Dian Schefold

Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Peter Schneider

in Verbindung mit dem Institut für Deutsches und
Internationales Parteienrecht und Parteienforschung
an der Heinrich-Heine-Universität in Düsseldorf

Band 43

Volker Epping

Eine Alternative zum Parteiverbot

Der Ausschluss von der staatlichen Parteienfinanzierung



Nomos

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8487-0303-6

1. Auflage 2013

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2013. Printed in Germany. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Geleitwort

Die NPD ist eine rassistische und antisemitische Partei, deren Ziele in einem fundamentalen Widerspruch zu unserer freiheitlichen demokratischen Verfassungsordnung stehen. Das ist nicht neu und wird in den Verfassungsschutzberichten von Bund und Ländern alljährlich eindrucksvoll belegt. Umso unerträglicher ist es, dass sich die NPD zu rund 40 Prozent aus Steuergeldern finanziert. Im Jahr 2011 waren das rund 1,3 Mio. Euro. Schon deshalb liegt als politische Forderung ein Verbot der NPD auf der Hand. Tatsächlich hat der Bundesrat im Dezember 2012 mit den Stimmen Niedersachsens beschlossen, beim Bundesverfassungsgericht eine Entscheidung über die Frage der Verfassungswidrigkeit der rechtsextremistischen Partei zu beantragen.

Allerdings ist das in Artikel 21 Abs. 2 Grundgesetz normierte Parteiverbot eine überaus weit reichende Sanktion. Das Bundesverfassungsgericht nennt es sogar „die schärfste und überdies zweischneidige Waffe des demokratischen Rechtsstaats gegen seine organisierten Feinde“. Die Offenheit des politischen Prozesses und der freie Wettbewerb politischer Parteien sind zentrale Merkmale demokratischer Ordnungen. Deshalb gilt nach wie vor: Verfassungsfeindliche Positionen sind vor allem politisch zu bekämpfen. Doch auch unter dieser Prämisse ist und bleibt es schwer vermittelbar, dass Verfassungsfeinde mit Steuermitteln alimentiert werden. Nach geltendem Recht bietet aber nur ein vom Bundesverfassungsgericht auszusprechendes Parteiverbot die Möglichkeit, diese Finanzierung zu unterbinden.

Daher habe ich mich bereits im Jahr 2008 dazu entschlossen, Herrn Professor Dr. Volker Epping mit einem Gutachten zu der Frage zu beauftragen, ob und unter welchen Voraussetzungen eine nicht nach Artikel 21 Abs. 2 Grundgesetz verbotene Partei von der staatlichen Parteienfinanzierung ausgeschlossen werden kann. In seinem fundierten und schlüssigen Gutachten hat Herr Professor Epping zur Erreichung dieses Ziels einen überzeugenden Weg aufgezeigt.

Die Mütter und Väter unseres Grundgesetzes haben sich nach leidvollen historischen Erfahrungen dafür entschieden, die bundesrepublikanische Staatsordnung als wehrhafte Demokratie auszugestalten. Der antitotalitäre Konsens wurde verfassungsrechtlich abgesichert. Eine Reform des Parteienrechts in dem von Herrn Professor Epping herausgearbeiteten Sinne würde diesen Ansatz konsequent fortentwickeln und um ein wichtiges Instrument ergänzen.

Die Vorschläge von Herrn Professor Epping haben eine breite rechtspolitische Debatte verdient. Daher begrüße ich die Veröffentlichung seines Gutachtens sehr und hoffe, dass die vorliegende Publikation einen großen Leserkreis erreicht.

Uwe Schünemann, Niedersächsischer Minister für Inneres und Sport

Inhaltsverzeichnis

A. Einführung: Das Parteiverbotsverfahren als „Königsweg“?	5
I. Die rechtlichen Risiken des Parteiverbotsverfahrens	10
1. Das Parteiverbotsverfahren von 2001 und seine Konsequenzen für ein erneutes Parteiverbotsverfahren	10
2. Die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte zu Parteiverboten	13
II. Eine Alternative zum Parteiverbotsverfahren: Ausschluss von der staatlichen Parteienfinanzierung	16
B. Gutachten	18
I. Auftrag	18
II. Das geltende Parteienrecht	19
1. Rechte der Parteien	20
a) Parteienfreiheit	20
b) Parteigleichheit	22
2. Eingriffsmöglichkeiten	24
a) Beobachtung durch den Verfassungsschutz	24
b) Berichterstattung in den Verfassungsschutzberichten	25
c) Parteienfreiheit und Öffentlicher Dienst	27
d) Beschränkungen einzelner Betätigungen	28
e) Beschränkungen des Zugangs zu öffentlichen Einrichtungen	28
f) Parteiverbot gemäß Art. 21 Abs. 2 GG	29
3. Ergebnis zu II.	31
III. Möglichkeiten der Änderung	33
1. Änderung des einfachen Rechts	33
2. Änderung der Verfassung	33
a) Gebot der Textänderung durch Gesetz (Art. 79 Abs. 1 GG)	33
b) Qualifizierte Zustimmung des Bundestages und des Bundesrates (Art. 79 Abs. 2 GG)	34
c) Materielle Schranken der Verfassungsrevision (Art. 79 Abs. 3 GG)	34
aa) Grundsätze des Art. 1 GG	38
bb) Grundsätze des Art. 20 GG	41
cc) Entscheidungsmonopol des Bundesverfassungsgerichts	46
dd) Modifizierung von Konkretisierungen der Grundsätze aus Art. 1 GG und Art. 20 GG	47
3. Ergebnis zu III.	53

IV. Folgefragen	54
1. Materielle Voraussetzungen eines Ausschlusses	55
a) Ausmaß der Verfassungsfeindlichkeit	55
aa) Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung	55
bb) Keine aggressiv-kämpferische Grundhaltung erforderlich	59
b) Anforderungen an die Überzeugungsbildung	61
2. Formelle Voraussetzungen eines Ausschlusses	64
a) Entscheidungszuständigkeit	64
aa) Bundesverfassungsgericht	64
bb) Bundespräsident	65
cc) Bundestagspräsident	65
b) Verwaltungsverfahren	66
c) Ermessen	66
d) Rechtsstellung anderer Parteien	66
3. Rechtsschutz	67
4. Steuerliche Begünstigung von Mitgliedsbeiträgen und Parteispenden	69
5. Ergebnis zu IV.	70
V. Formulierungsvorschläge	71
1. Ergänzung von Art. 21 GG	71
2. Einfachrechtliche Anpassungen	72
a) Parteiengesetz	72
b) Verwaltungsgerichtsordnung	75
c) Einkommensteuergesetz	76
VI. Beantwortung der Ausgangsfragen	79
VII. Zusammenfassung der Ergebnisse	82
 C. Literaturverzeichnis	 83